

# Der Freie Schwarzwälder

## Wildbader Anzeiger und Tageblatt mit Erzähler vom Schwarzwald.



**Erscheinung:**  
an allen Werktagen.  
**Abonnement**  
in der Stadt wöchentlich M. 1,35  
monatlich 4,5 P.  
Bei allen württ. Postanstalten  
und Boten im Orts- u. Hochber-  
ortsverkehr viertel. M. 1,35,  
ausserhalb desselben M. 1,35,  
hierzu Bestellgeld 20 Pfg.  
**Telefon Nr. 41.**

**Amtsblatt für die Stadt Wildbad.**  
**Verkundigungsblatt**  
der kgl. Forstämter Wildbad, Meistern,  
Enzklösterle u.  
während der Saison mit  
**amtl. Fremdenliste.**

**Inserate nur 8 Pfg.**  
Ausdrücke 10 Pfg., die klein-  
spaltige Germanzelle.  
**Kontanten 15 Pfg. die**  
Zeile.  
Bei Wiederholungen entspr.  
Rabatt.  
P<sup>o</sup>noments  
nach Uebereinkunft.  
**Telegramm-Adresse:**  
Schwarzwälder Wildbad.

Nr. 279. **Dienstag, den 29. November 1910.** 27. Jahrg.

### Deutsches Reich. Deutscher Reichstag.

Berlin, 26. November.

Am Bundesratspräsidenten Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg und im Staatssekretäre Deßler, Kräfte und Lido. Hans und Tribünen sind gut besetzt. Präsident Graf Schwerin-Köwig eröffnet die Sitzung um 11.30 Uhr. Auf der Tagesordnung steht zunächst die Interpellation des Sozialdemokraten betreffend die

#### Kaiserreden.

Auf Befragen erklärt sich der Reichskanzler zur sofortigen Beantwortung der Interpellation bereit.

In Begründung der Interpellation führte Abg. **Leдебour** (Soz.) aus: Bei der früheren Interpellation herrschte bei allen Parteien des Reichstags Einstimmigkeit in der tiefgehenden Enttäuschung über die damalige Kaiserrede und über die Veröffentlichungen im „Daily Telegraph“. Ein großer Teil des Reichstags verlangte geistliche Maßnahmen, nicht bloß die Sozialisten. Die individuelle Auffassung des Kaisers von seiner staatsrechtlichen Stellung führt zu selbstherrlichen Eingriffen in die Politik des Landes; sie schädigt das Ansehen Deutschlands. Herr Bülow hat sie hier ein Unglück genannt. Schließlich hat auch der Kaiser das bindende Versprechen abgegeben, solche Eingriffe nicht zu wiederholen. Das deutsche Volk wurde nun im August dieses Jahres durch die Königsberger Rede überrascht, die eine offene Verletzung des Gottesgnadentums und des persönlichen Regiments war. (Sehr richtig! links.) Das hat die gesamte Presse mit Ausnahme eines Teils der Konservativen anerkannt. Tatsächlich ist die Krone gebunden an verfassungsmäßige Bestimmungen. Mindestens seit 1849 gibt es kein selbstherrliches Gottesgnadentum mehr. Auch die Ausführungen über die Stellung der Frau sind anfechtbar. Die Behauptung, daß der Friede auf anderen Nützlichkeiten beruht, ist falsch; er beruht auf der eigenen Kultur. Mit dieser Rede hat Wilhelm II. sein früheres Versprechen bewußt durchbrochen. Wegen der Mehrheit des Volks darf nicht regiert werden. Das versucht allerdings eine bössische Kamakilla. In seiner Rede in Brüssel hat Wilhelm II. die Hilfe der katholischen Kirche und Geistlichkeit angerufen. Diese Hilfe hat den Tron von Frankreich, England und Portugal nichts genützt, und sie bringt dem Kaiser in einen Gegensatz zu der Mehrheit des Volks. Eine Erklärung des Reichskanzlers genügt nicht, wir müssen eine Demokratisierung des Parlaments und des gesamten Verfassungslebens erhalten. Wir werden schließlich unser republikanisches Ideal erlangen. (Beifall bei den Sozialdemokraten; Murren rechts.)

#### Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg:

Bevor ich zur Beantwortung der Interpellation übergehe, will ich einige Worte zu den Ausführungen des Vorredners sagen. Die

Verlegungen Leдебours beweisen, wie recht der „Vorwärts“ hatte, als er verkündete, der Zweck der Interpellation sei die Aufklärung der Verfassungsfrage. Die Ausführungen Leдебours zeigen durchaus klar, daß er und seine Partei nicht von der Sorge um das Gemeinwohl, nicht von der Absicht, die verfassungsmäßigen Institutionen zu schädigen, geleitet werden, sondern im Gegenteil von einer leidenschaftlichen Gegnerschaft gegen unsere Verfassung. Der Abg. Leдебour hat sich jedoch mit klaren Worten zum Republikanismus bekannt. (Rufe: Ist das etwas Neues?) Nein, das ist nichts Neues; Sie haben von jeder dieser Prinzipien versucht. Das haben wir gewußt. Aber es hat nie eine Zeit gegeben, wo sie mit diesem Endziel so klar vor die Öffentlichkeit traten. (Sehr richtig!) Gut ist, daß Sie es doch tun, daß das ganze Land es weiß, zu welchem Ziel Sie hinführen. Es Ihre Begründung hier wird haben, darüber wird der Reichstag entscheiden. Die Interpellation nimmt an, der Kaiser habe 1908 Erklärungen abgegeben, mit denen er sich in diesem Jahr in Widerspruch gesetzt habe. Diese Annahme ist falsch. (Lachen links.) Die Königsberger Rede ist eine verfassungsmäßige Äußerung, daß das monarchische Prinzip auf eigenem Recht beruhe. Im Anschluß an jene Rede hatte der Reichskanzler mitgeteilt, daß der Kaiser trotz der als unangenehm empfundenen Kritik seinen Willen dahin kundgegeben habe, die Stetigkeit der Politik des Reichs unter Wahrung der verfassungsmäßigen Verantwortlichkeiten zu sichern. Diese Erklärung stellt lediglich fest, wie der Kaiser seine staatsrechtlichen Rechte und die Pflichten seines Herrscheramtes aufzufasse. Mit dieser Auffassung hat sich der Kaiser nicht in Widerspruch gesetzt. Für das Gegenteil hat Leдебour den Beweis nicht erbracht. Die letzten Ansprachen beweisen nicht, daß er die Stetigkeit der Politik gefährden wolle. (Sehr richtig.) Die Königsberger Rede ist eine verfassungsmäßige Äußerung, daß das monarchische Prinzip auf eigenem Recht beruhe, verbunden mit dem Ausdruck tiefer religiöser Überzeugung, die auch vielfach im Volk geteilt wird. (Beif. Beifall.) Wenn in unseren Tagen auf demokratischer Seite die Absicht wahrer hervortritt, auch in Preußen den König wie einen vom Volk erwählten Würdenträger zu behandeln, so darf man sich nicht wundern, daß der König von Preußen das Bewußtsein, seiner Volkshoheit nicht zu unterliegen, stark betont. Persönliche Unverantwortlichkeit des Königs, Selbständigkeit und Ursprünglichkeit seines monarchischen Rechts, das sind die Grundgedanken unseres Staatswesens, die auch in der Verfassung der konstitutionellen Entwicklung lebendig geblieben sind. Gibt nun der Kaiser in der alten verfassungsmäßigen Formel vom Gottesgnadentum Ausdruck, beruft er sich in Gegensatz zu den Tagesmeinungen auf sein Gewissen als die Nichtsignur seines Handelns, so tut er dies im Bewußtsein der Höhe seines Rechts wie seiner Pflichten. (Sehr richtig rechts.) Mit dieser Auffassung der Stellung des Kaisers und Königs befinde ich mich auf verfassungsmäßigem Boden. Diese Auffassung werde

ich festhalten und verteidigen, getreu der mir obliegenden Verantwortlichkeit, die ich mir lediglich von meinem Amt und meiner politischen Überzeugung bestimmen lasse. (Beif. wiederh. Beifall.) Auf Antrag des Abg. **Singer** (Soz.) findet Besprechung der Interpellation statt. **Frhr. v. Hertling** (Ztr.): Wir haben nicht den Wunsch, die unliebbare Debatte vom November 1908 zu erneuern. Sie war ein beklagenswerter Ausnahmefall. Der Kaiser hat stets betont, er bewege sich in der durch die Grenzen der Verfassung gegebenen Verantwortlichkeit. Was die Äußerung über Gottesgnadentum und Werkzeug des Herrn betrifft, so hat der König von Preußen lediglich ein Bekenntnis zum Christentum abgegeben. Sollte dies vielleicht Anstoß erregt haben? (Sehr gut! Beifall.) Leдебour hat geradezu den Umsturz gefordert. Wegen dieser vergebende Kritik wollen wir Sammlung aller sittlichen und religiösen Kräfte. (Lebhafte Beifall rechts und in der Mitte. Unruhe links.) v. **Heydebrand** (konf.) erklärt sich mit den Ausführungen des Reichskanzlers einverstanden. Wir sehen die Interpellation als eine Herausforderung an. Unser Volk hält es nicht für falsch, daß der Kaiser im Namen seiner verfassungsmäßigen Rechte sich als Mann eigener Überzeugung bekennet und sich vor einem höheren Richterstuhl stellt. Im Jahre 1908 ist kein Versprechen verlangt und gegeben worden, das mit dem Standpunkt des Kaisers in Widerspruch stünde. Ich frage den Reichskanzler, ob es nicht die Begriffe verweirkt, wenn alle Tage unsere höchste Autorität verunglimpft wird. Beim Reichskanzler liegt die Verantwortung für diese Zustände. Er muß seine Pflicht tun. (Warm links, lebhaftes Bravo rechts.)

**Baillermann** (nat.): Ein Widerspruch zwischen den Erklärungen des Fürsten Bülow und dem jetzigen Zustand besteht nicht. Die damalige Lage war von der heutigen grundverschieden. Damals herrschte eine hochgradige Erregung in allen Schichten der Bevölkerung, weil Vorgänge in Frage standen, die auf die auswärtige Politik unseres Landes Einfluß haben konnten. Heute handelt es sich um persönliche Anschauungen, die getragen von hohem Pflichtgefühl und christlichem Sinn und durchweg auch von der Liebe zum deutschen Vaterland. (Bravo!) Die Tonart der sozialdemokratischen Presse anlässlich der Kaiserrede ist sehr zu bedauern, ebenso die unehrenhaften Äußerungen über den Kaiser. Nicht nur der Kaiser, jeder führende Geist soll sich hinwegsetzen über die Meinungen des Tages. Die Äußerungen über die starken Rüstungen birgt keine neuen Gesichtspunkte in sich. In dem Bekenntnis zum Gottesgnadentum ist eine Abkehr von aller irdischen Gewalt nicht zu erblicken. Je höher bei der Sozialdemokratie die Wogen gehen und je stärkere Worte sie braucht, desto größer wird das Bedürfnis sein, sich anzulehnen an eine starke Monarchie. (Lebhaftes Bravo bei den Nationalliberalen und rechts.)

### Großindustrielle.

Roman von Ernst Georg. Nachdruck verboten.

#### (Fortsetzung.)

„Mein erster Besuch gilt Ihnen, Gräfin, sagte er, sich neigend und ihr rasch nähernd. „Es drängte mich, Ihnen — gerade Ihnen meine Freude über die Wahl meines Bräutigams auszusprechen. Ich hoffe nur, daß auch Sie bereits mit der Verbindung Ihrer Schwester einverstanden sind?“

Gerda streckte ihm ihre eiskalte Rechte entgegen, die er fest ergriff und an seine Lippen zog. „Seien Sie willkommen in der Heimat“, antwortete sie und senkte die Lider, weil sie seinen flammenden Blick nicht zu ertragen vermochte.

„Sie haben mir meine Frage noch nicht beantwortet, Gräfin.“

Der Ton seiner Frage reizte sie etwas. Sie zog die Hand zurück und sagte ruhig: „Ermi hat selbst gewählt und ist glücklich.“

„Ich gestatte mir aber zu fragen, ob Sie selbst, Gräfin, sich über das Glück Ihrer Schwester freuen?“ forschte er weiter.

„Haben Sie mich für eine so schlechte Verwandte?“ machte sie ansetzend. Unruhig blickte sie Ermi an, die sie mit den Worten: „Ich muß zu meinem lieben Jungen!“ zurück.

Sie waren allein.

Unwillkürlich machte sie eine Handbewegung und deutete auf einen Stuhl, auf dem Hartwig nach dankender Bezeichnung Platz nahm. Es war ein Lächeln in seinen Augen, ein Mißgeschick auf seinem Antlitz, das sie verriet. Sie ließ sich in einen Sessel nieder und betrachtete unruhig die blühenden Juwelen ihrer Ringe, als hätte sie diese noch nie gesehen.

„Sie versuchen vergeblich, die Antwort zu umgehen.“

sagte Hartwig laut. „Aber aus schwerwiegenden Gründen muß ich sie doch verlangen.“

„So wichtig ist Ihnen meine Zufriedenheit über die Verlobung?“

„Allerdings! Haben Sie es sich klar gemacht, Gräfin, Boarder, daß Ihre Schwester, die Komtesse Kessin, ihren Adel aufgibt und eine einfache Frau Werner wird, die Urenkelin von einem Schloffer? Ihre Ahnen waren Ritter, Kambritter, meinetwegen, Krieger und Hofsleute. — Die unsern, soweit wir sie eruiieren können, Handwerker, Bäcker, Gärtner, Brauer. Das mütterliche Vermögen zum Beispiel stammt aus dem großen Landbesitz dieser Gärtnereien in und bei Berlin und aus den Einkünften von Brauereien!“

„Aun — und?“ Ihre schönen Züge spannten sich nervös.

„Aun und? fragen Sie? Also haben Sie das alles bedacht?“

„Ernttraute hofft glücklich zu werden!“

„Aun, hm, also das Glück scheint Ihnen jetzt doch die Hauptsache, selbst wenn es einer Kessin von einem Werner kommt? Ich freue mich, Gräfin, Sie haben Ihre einstigen Ansichten geändert!“

„Meine Schwester — liebt Ihren Bruder doch!“ erwiderte sie, über diese Lüge doch heiß erötend, denn der Verstand hatte Ernttraute geleitet, nicht das Herz.

„So, das ändert die Sachlage, meinen Sie.“ Hartwig blickte sie unverwandt, in immer glühenderer Leidenschaft an. Ihre demütigste Unruhe, ihre nervöse Bewegung entzückten ihn. Selbst die feinen Linien und Falten, die dem schönen Gesicht den Jünglingsmelz genommen, gefielen ihm. „Die Liebe überbrückt die Klüfte diesmal! — Damals war sie nicht vorhanden, wiebiete nicht?“

„Fastig, nur eine Sekunde schaute sie empot und entgegnete schnell: „Nein, damals... nicht!“

„Sie betonen zu meiner Freude das: Damals, Gräfin!“

„Wozu das Berhör, Herr Werner?“

„Schatten Sie mir, daß ich Ihnen das jetzt erkläre“, sagte er und erhob sich in innerer Bewegung. „Was damals nicht war, hat sich vielleicht in langen, schweren Zeiten gefunden. Sie sind älter, reifer geworden. Sie haben

vielleicht erkannt, daß Menschenwert dem Adel gleichkommt!“

„Herr Werner?“ Gerda sprang empot.

„Vieles, sehr vieles ist anders geworden in den langen Jahren. Sie gehen an keinem und an nichts spurlos vorüber. Auch ich habe Bitteres und Schweres erfahren. Auch ich bin ein anderer geworden!... Aber, Gerda, ein Gefühl ist so stark in mir wie damals. Ich liebe Sie heute vielleicht noch mehr, und darum gilt mein erster Weg Ihnen. Sie will ich fragen, ob wir alles Vergangene vergessen wollen, ob Sie sich heute ernüchtern könnten, mein Weib zu werden?“

Atemlos starrte sie ihn an. Ihre Arme waren schlaff herabgesunken. Sie zitterte und bebte vor Aufregung.

„Gerda, meine böse, tropige Gerda“, flüsterte er heiss, „kannst du denn immer noch widerstreben?“

„Nein, Hartwig, nein!“ Sie schrie es wild heraus und machte einige Schritte ihm entgegen.

Mit einem triumphierenden Jauchzen rief er sie an sich und erstarrte sie fast mit seinen Händen, seiner Liebesglut. Und die kalte, gemessene Frau hatte die Arme um seinen Hals geschlungen und presste sich jauchzend an ihn. All das ewig eingebämmte Gefühl brach in ihr durch, und eine überfällige Wonne erfüllte sie.

Nach einem langen Glücksausschlag gaben sich beide frei und ließen sich Hand in Hand auf einem Sofa nieder.

Er hatte den Arm um ihre Schulter gelegt und blühte sie an.

„Das ging nicht!“ sagte er lachend. „Unsere jüngeren Geschwister dürfen uns nicht zuvorkommen! Ich erlaube auch nicht, daß sie sich vor uns heiraten. Noch heute mache ich alle erforderliche Schritte, und in drei Wochen sind wir Mann und Frau!“

„Aber, Hartwig, so schnell?“ Sie erschraf.

„Wir haben lange genug gewartet. Nicht ein Tag wird mehr verjährt. Nur die nächststehenden erfahren von unserer Verlobung. In unserem Alter, nachdem wir beide verwitwet sind, wären eventuelle Feiern oder Ankündigungen geschmacklos, nicht wahr?“

(Fortsetzung folgt.)





Herr v. Hertling (Zentr.): Ich will die Debatte hier zurückführen auf die eigentliche Interpellation. Ich lasse mich deshalb nicht ein auf Ausführungen allgemeiner Art. Ich muß mich ausdrücklich dagegen wenden, daß man jetzt den Grundgedanken solcher Beratungen verschleiden will, wie es von den Rednern der Konservativen und des Zentrums mit einigen Geschick versucht worden ist. Die Rede dieser Herren machte fast den Eindruck, als handle es sich nicht um ein paar Reden, über die eine Interpellation eingebracht worden ist, sondern als habe die Sozialdemokratie einen Sturm auf den Thron entfesselt. (Sehr richtig! links.) Es hat sich doch nicht darum gehandelt, daß jetzt die Republik proklamiert werden soll, sondern einfach darum, daß der Kaiser einige Ausführungen gemacht hat, mit denen wir uns hier befassen. Wir haben nicht den Versuch gemacht, dem Kaiser seine selbständige Ueberzeugung zu nehmen. Wir wollen ihm auch nicht sein Bekenntnis zum Christentum nehmen. Wir haben dem Kaiser auch nicht übergenommen, daß er so stark die verfassungsmäßigen Rechte betont. Ich kann auch nicht sagen, daß heute der Kaiser besonders rücksichts- und schonungslos behandelt worden ist. Wenn ich mich erinnere, was vor zwei Jahren von manchen Rednern der Rechten gesagt worden ist, so muß ich dem Abgeordneten Vedeboort ein Zeugnis ausstellen, das ihm sonst selten zukommt, daß er sich großer Sachlichkeit befleißigt hat. (Lebhafte Zustimmung links.) Herr v. Heubrand hat in dunklen Andeutungen, bei denen man sich alles denken kann, auf schwere Gefahren hingewiesen. Wenn der Thron wirklich so bedroht ist, dann muß uns der Abgeordnete Heubrand Mittel zeigen, um die nach seiner Meinung bestehenden Gefahren zu beseitigen, so wäre es gut, wenn er uns davon Mitteilung machte. Solange er das nicht tut, solange kann man gut sagen, daß es sich um einen Versuch handelt, den Streitpunkt zu verschleiden. Es handelt sich jetzt darum, ob das, was der Kaiser gesprochen hat, vereinbar ist mit unserer Auffassung. Die zweite Frage ist, ob das, was er gesprochen hat und das er geschrieben hat, im Einklang steht mit den Erklärungen von 1908. Ich muß zugeben, daß es sich diesmal nicht um eine Angelegenheit der auswärtigen Politik handelt, sondern nur um eine

interne und häusliche Angelegenheit.

Damals waren unsere Verhältnisse zu anderen Staaten bedroht. Das ist jetzt nicht der Fall. Das läßt eine gewisse milde Beurteilung zu. Aber was zur Verschärfung des Tones beiträgt, ist, daß damals im „Reichsanzeiger“ eine Erklärung erschienen ist, von der bisher die Mehrheit des deutschen Volkes annahm, daß sie auch uns vor rhetorischen Uebererzählungen schützen werde. (Lebhafte Zustimmung links.) Nach dem was man jetzt allerdings darüber zu hören bekommt, weiß man nicht ganz sicher, ob eigentlich damals ein volles Einverständnis zwischen den gesetzgebenden Faktoren zustande gekommen ist, oder ob es sich nur um eine Kundgebung des einen Teils handelt, die für den anderen Teil ohne jede Bedeutung ist. Ich glaube, es wäre schlimm, wenn es so wäre, denn die öffentliche Meinung wäre mit Recht der Auffassung, daß sie eine Willensbindung beider Teile gewesen war.

Ich will nicht auf die Ausführungen des Kaisers über die Frage eingehen. Aber es ist nicht darum herum zu kommen, daß der Kaiser in Königsberg gesagt hat, sein Großvater habe die Krone aus eigenem Recht auf dem Haupt gesetzt und daß er sich als Instrument des Himmels betrachte. Die Herren sagen, das seien historische Meinungsäußerungen, ob sie aber angebracht sind oder nicht, darüber stehen Meinungsverschiedenheiten. Es ist gut, daß wir nicht ein Kollegium von Staatsrechtlehrern sind, sonst würden wir uns über die Frage, ob sie richtig ist oder nicht, wohl niemals einigen. Hätte der Kaiser seine Äußerung nicht im Zusammenhang mit einer anderen Äußerung getan, so hätte keine Veranlassung bestanden, darauf zurückzukommen. Was er weiter gesagt hat, das betrachten wir als den entscheidenden Satz: „Als Instrument des Herrn mich betrachtend, ohne Rücksichten auf Tagesmeinungen und Tagesausichten, gehe ich meinen Weg.“

Der Herr Reichskanzler hat mit großer Sicherheit dargelegt, daß der Kaiser keine ungewöhnlichen, sondern nur selbstverständliche Bemerkungen gemacht habe. Da darf aber doch die Frage aufgeworfen werden: Wenn das alles so harmlos ist und selbstverständlich, was hat dann dem Kaiser Veranlassung gegeben, in der Rede von Marienburg seine Äußerung wesentlich einzuschränken? (Lebhaftes Zehr gut! links.) Wir anerkennen den Versuch der Milderung und hoffen uns nicht besonders daran, daß diese beiden Äußerungen schon nicht mehr formell und materiell ganz genau übereinstimmen. Gerade wir in den Parlamenten wissen, wie leicht dem Redner ein Wort entfährt und machen von der Gelegenheit der nachträglichen Zurücknahme nicht den allerzupferlichsten Gebrauch. Dafür haben wir wie gesagt Verständnis. Aber es handelt sich nicht nur um diesen Ausdruck, sondern es handelt sich um den Gedanken. Dieser Gedanke kommt zum Ausdruck darin, daß der Kaiser, ausgehend vom Begriff des Gottesgnadentums, vom Jankrum des Himmels, Ausführungen über den Umfang und die Tragweite seiner Rechte und Pflichten gemacht hat. Ich kann dazu nur sagen, daß das eben

nicht vereinbar ist mit der Verfassung des Deutschen Reiches,

und mit den Auffassungen, die die Wissenschaft unseren staatsrechtlichen Zuständen gegeben hat. Ich glaube, daß das auch für Preußen gilt. Wenn man Verfassungsbestimmungen als Tagesmeinungen bezeichnet, so kommt man leicht über solche Dinge hinweg. Damit ist die Sache nicht erledigt. Die Tatsache, daß der Monarch keine Befugnisse von Gott ableitet, schließt nicht aus, daß ihm verfassungsmäßige Schranken gezogen sind. Lassen wir aber die preussische Verfassungsfrage ganz außer Acht. Die vor 40 Jahren errungene Kaiserkrone, von der auch gesprochen wurde, die hat Kaiser Wilhelm I. nicht aus eigenem Recht von Gottes Gnaden sich auf dem Haupt gesetzt, sondern sie ist ihm überwiehen worden von den deutschen Bundesfürsten und von dem Volke. Der Unterschied liegt doch praktisch zu Tage. Im Deutschen Reich gibt es keine Untertanen, sondern nur Staatsbürger und auch der geringste Staatsbürger hat so viel Anspruch auf die Wahrung der ihm zugewiesenen staatsbürgerlichen Rechte, als der Kaiser auf die ihm überwiesenen staatsrechtlichen Rechte. (Zustimmung.) Auch das Parlament, so verschieden auch die Befugnisse ihm zugewiesen sind, hat doch Rechte, von denen auch der Höchste im Staate halt machen muß. Nun heißt es, es handele sich in der

Königsberger Rede um akademische Auseinandersetzungen. Es ist aber ein Unterschied, ob ein gelehrter Professor irgendwo eine staatsrechtliche Auffassung kundgibt, oder ob der Kaiser bei einer feierlichen Gelegenheit geschmückt mit der Krone, dieser Kräfte, Bedeutung und Rechte zugewiesen hat, die ihre staatsrechtlich nicht zusammen. Was der Kaiser in der Theorie des Gottesgnadentums der Krone beweist, muß abgewogen werden, auf der anderen Seite durch die Rechte des Reichskanzlers, des Bundesrats und des Reichstages. (Sehr richtig!) Wenn man auch weiß, daß diese Ausführungen des Kaisers nur theoretische Bedeutung haben sollen und er sie nicht ohne Weiteres in die Tat umsetzt, so bleibt doch übrig, daß immer und immer wieder Ansprüche der Krone betont werden, deren Geltendmachung kaum ohne Rechtsverletzung durchführbar wäre, und das bürgerliche Bewusstsein sagt sich, daß, gerade, wenn es sich nur um theoretische Auseinandersetzungen handelt, das Bürgertum um seiner Würde willen so viel Rücksicht verlangen kann, daß die Auseinandersetzungen nicht ohne bittere Not und von so hervorragender Stelle in die Welt gesetzt werden. (Lebhafte Zustimmung links.)

Nach abgesehen davon ist Anlaß zu einer gewissen Beunruhigung, wenn ein Monarch, der sonst moderner Weltanschauung zugänglich ist, immer wieder auf eine solche Auffassung von der Stellung des Monarchen zurückkommt. Wenn er sich immer wieder in bewährten Gegenlag zu der Auffassung der anderen staatsrechtlichen Faktoren stellt, so muß man sich fragen, ob das ohne Rückwirkung auf das innere Denken und die Handlungsweise des Monarchen bleiben kann. Es gibt ja Gebiete, wo der Kaiser seine Auffassung in die Tat umsetzen kann, bei der Vorbereitung der Kriege und in Ausübung der Verwaltungsbefugnisse, welche in die Hand des deutschen Kaisers gegeben worden sind. Wenn er so, wie geschehen, seine Anschauungen über die Bedeutung und die Rechte der Krone zum Ausdruck bringt, so muß dies auf den Fortschritt im politischen Leben hemmend und schädigend einwirken. (Sehr richtig!) Daß eine solche Befürchtung nicht bloß erfunden wird, sondern daß sie tatsächlich vorliegt, ist bekannt. Allerdings, das Genauere werden wir erst erfahren, wenn die Geschichte unserer Tage geschrieben und der Öffentlichkeit bekannt gegeben wird. Wer aber jetzt schon diese Befürchtungen für übertrieben erklärt, muß sich vergegenwärtigen, daß im Widerspruch mit der Auffassung der großen Mehrheit des Volkes seit vielen Jahren in Preußen auch nicht der bescheidenste politische Fortschritt erreicht worden ist. (Zustimmung links.) Daß ein Reichskanzler nach dem anderen von der Bänkcherei abtritt, ohne daß es dem Deutschen Reiches möglich gewesen wäre, die innere Politik auch nur vom Platz zu bringen. Es ist unser Recht und unsere Pflicht, diesen staatsrechtlichen Auffassungen, wo immer sie auftreten, entgegenzutreten. Ich halte es für bedauerlich, daß die heutige

Stellungnahme des Reichstages

so verändert ist gegenüber 1908. Wenn dadurch bei dem maßgebenden Faktor die Meinung erweckt werden wird, daß er nicht nur vollständig korrekt gehandelt habe, sondern für diese seine Äußerungen auch noch den besonderen Dank des Vaterlandes verdient habe, so wird dies nicht dahin wirken, daß der Zustand eintritt, den wir gerne sähen, daß nämlich solche Äußerungen so selten wie möglich werden. Und wenn wir unsereits Rücksicht üben, so wird das auf der anderen Seite leicht als Schwäche angesehen. (Sehr richtig!) Gegenüber der großen Empörung der Redner von rechts muß ich fragen: Ist es denn etwas Unrechtes, oder etwas für den Kaiser Untragliches, was wir verlangen? Wir verstehen uns von ihm nichts anderes als wie von den anderen Bundesfürsten auch, daß er sich als konstitutioneller Fürst und deshalb als Fürst im modernen Sinne zeigt und wenn ihm das innerlich nicht möglich sein sollte, was ich über die Hofen bedauern möchte, so erwarten wir wenigstens, daß er dann im eigenen Interesse sich wenigstens Reserve ansetzt und nicht immer wieder den schmerzlichen Gegenlag zwischen dem staatsrechtlichen und politischen Bewusstsein der Nation und seiner eigenen Kraft ins Gedächtnis ruft. (Lebhafte Zustimmung links.) Auch vom Reichskanzler verlangen wir nichts Unrechtes. Aber auch das Bedeutsame, das wir verlangen, scheint er nicht erfüllen zu wollen. Er meint, hier sei eigentlich gar nichts gesprochen worden, was der Diskussion wert wäre. Die Mehrheit der Nation ist der Meinung, der Reichskanzler hätte alle Veranlassung gehabt, zu verhindern, daß solche staatsrechtliche Theorien ans Tageslicht treten. Wenn er zu spät gekommen ist, dann sollte er wenigstens für die Zukunft dafür sorgen, daß ungeprochen bleibt, was nicht in die öffentliche Diskussion geworden werden darf zum Schaden der Nation. Und darum ist es nötig, daß man immer und immer wieder den Finger auf die Abmachung vom November 1908 legt. (Sehr richtig! links.)

Dieses Abkommen bedeutete den Schluß der damaligen Debatte. Es wurde im „Reichsanzeiger“ feierlich verkündet. Aber nicht nur das, es wurde auch dem preussischen Staatsministerium offiziell vom Kaiser mitgeteilt. Es ist auch dem Reichstag übermittelte worden, wenn auch der Reichstag keine Beanstandung genommen hat, mit dem Kaiser darüber noch einmal in eine Beratung einzutreten. In dieser Kundgebung hieß es, der Kaiser berachte es als seine vornehmste Aufgabe, unter Wahrung der verfassungsmäßigen Verantwortlichkeit die Stetigkeit der Reichspolitik zu sichern. Ich muß zugeben, daß es ein schweres Kunststück ist, aus dieser verkauften Form einen klaren unbestreitbaren Kern herauszuschälen. Die Mehrheit des deutschen Volkes hat aber, und zwar bis heute, darunter verstanden: Persönliche Kundgebungen des Kaisers, welche geeignet sind, die Stetigkeit der Reichspolitik zu gefährden oder welche den verfassungsmäßigen Verantwortlichkeiten des Reichskanzlers vorgreifen, sollen künftig unterbleiben. Der Abg. v. Hertling hat nun eine staatsrechtliche Definition geben wollen, aber demgegenüber muß ich doch sagen, daß die allgemeine Meinung so war, wie ich gesagt habe, und daß nach meiner Meinung auch die Volksauffassung die richtige war. Man soll auch an diesen Worten nicht rütteln. (Lebhafte Zustimmung links.) Einen anderen Anlaß für die Rede des Kaisers wird man schwer aufbringen können, aber jetzt steht, daß ein Umschwung eingetreten ist. Man kann aber sagen, kein Reichskanzler wäre stark genug, die Verantwortlichkeit zu übernehmen, wenn die in Königsberg ausgesprochenen Theorien in die Praxis umgesetzt würden. Dieses Gefühl hat sich noch weiter gesteigert, als dann kurz darauf an den Porten des Klosters St. Beuron der Kaiser eine Ansprache gehalten hat, an deren Richtigkeit man nicht mehr zweifeln kann, nachdem festgestellt worden ist, daß sie den Tageszeitungen von der Postkanzlei überliefert worden ist. Deshalb muß man auch bei dieser Rede noch einmal halt machen. Es ist darin gesagt, daß

zusammengehört und nicht getrennt werden dürfen. Diese Rede greift doch tief hinein in unser alltägliches Leben und ich glaube, wenn dafür der Herr Reichskanzler die Verantwortung übernehmen wollte, so hätte er schwerer daran zu tragen, als an den Königsberger Worten. Hier handelt es sich um Dinge sehr aktueller Natur. (Sehr richtig! links.) Und wer das nicht von selbst empfindet, der hätte nur die Zentrumspresse zu lesen brauchen, die, erfüllt auf diese Kaiserworte, die Aufhebung des Jesuitengesetzes proklamiert. Wir halten es für unsere Pflicht, nachdem der Kaiser von der feierlichen Kundgebung von 1908 abgewichen ist, auch unsererseits unsere Meinung deutlich auszusprechen, nicht als ob es uns in erster Linie maßgebend wäre, was vorgefallen ist, sondern für uns sind diese Dinge erledigt. Uns liegt daran, auch Wiederholungen für die Zukunft zu verhindern. Da wäre es die Pflicht der Rechten und des Zentrums gewesen, und bei diesen Bestrebungen zu unterstützen. (Sehr richtig! links.) Sie müssen ebenso wie wir beachten, daß der Kaiser fortfährt, derartige Kundgebungen zu lassen. Wenn Sie das uns allein überlassen, so werden wir es für uns allein besorgen und wir werden die Verantwortung auf Sie abladen, wenn es zu Unzuträglichkeiten führt. (Lebhafte Zustimmung links.) Wenn ich recht verstanden habe, der sich keiner von dem Abkommen von 1908 losgesagt. Sie haben nur versucht, dieses Abkommen seines inneren Gehaltes und seines Kernes zu berauben. (Sehr richtig! links.) Diese Funktionen sind wertlos gegenüber dem, was feststeht. Für die Zukunft haben wir noch den Schluß dieses Abkommens. (Zurück im Zentrum: Abkommen?) Ich sage Abkommen und ich glaube auch, daß es nicht zum Vorteil der Krone ist, wenn sie sich auf den Standpunkt stellt, daß sie es nicht zu achten braucht, weil der Reichstag sich nicht geschäftsmäßig als annahmepflichtig bezeichnet hat. (Lebhafte Zustimmung links.) Auch Herr von Heubrand müßte auf unserem Standpunkt heute stehen, denn er hat damals 1908 ausdrücklich gesagt, daß es sich nicht um das Interdikt handelt, sondern nur um ein Symptom in der allgemeinen Erscheinung, gegen die wir heute noch ankämpfen. (Sehr richtig!) Wir haben seinerzeit im Reichstags den Versuch gemacht, zu einem praktischen Ergebnis zu kommen. Wir haben versucht, die

Verantwortlichkeit des Reichskanzlers

endlich zu fixieren und durch Herbeiführung der Geschäftswörter die Möglichkeit zu geben, auch Beschlüsse an eine Interpellationsberatung anzuschließen. Wir wollten, daß derartige Verhandlungen nicht ergebnislos verlaufen, und es ist bedauerlich, daß wir heute keinen solchen Beschluß fassen können. Vielleicht wäre es besser für Sie auf der Rechten, weil Sie in der Mehrheit sind. Dann würde wenigstens der deutsche Kaiser, woran er ist. So ist der Kaiser nur auf die Worte angewiesen und wir können nur mit Worten antworten und müssen es dem Schicksal überlassen, inwiefern die Worte eine praktische Wirkung haben. Die Verhandlungen in der Kommission sind ergebnislos verlaufen, weniger durch die Konservativen, als durch die unscheinbare Mitarbeit des Zentrums. (Lebhafte Zustimmung links.) Seit 1908 ist manches anders geworden. Die staatsrechtlichen Verhandlungen in Preußen sind inzwischen gewesen. Die Reichsfinanzreform mit ihren Wirkungen ist ins Band gegangen. Da wäre es fast verwunderlich, wenn die Konservativen diese schöne Gelegenheit vorbeigehen ließen, sich als berufene Vorkämpfer für die Krone und die Person des Kaisers in empfehlende Erinnerung zu bringen. Und das Zentrum wollte angesichts der Mance der Rede von St. Beuron dieses schreibbar so dankbare Feld den Konservativen nicht allein überlassen. (Große Heiterkeit.) Der Kaiser wird vielleicht auch aus der Parteigruppierung, die jetzt herbeigeführt ist, sein Schicksal ziehen können. Diese Parteigruppierung wird uns zeigen, welche politischen Nebenwirkungen seine Kundgebungen haben können. Es hat sich gezeigt, daß seine Ausführungen parteipolitisch rätschloslos ausgenutzt werden, und daß seine Person, die eigentlich über den Parteien stehen sollte, von einzelnen Rednern ohne jegliche Bedenken parteipolitisch demontiert wird. Er steht als Folge seiner Rede zu Beuron Personen in seinem Befehl, als Schützer des Thrones, die ihm höchst unerwartet gekommen sein müssen, denn an diese Gefolgschaft hat der Kaiser wohl nicht gedacht, als er seine Worte sprach. Der Satz, den wir hier so gut kennen, daß mit der steigenden Zahl der Reden, die ein Redner sich zu halten gewöhnt, die Bedeutung dieser Reden mindestens gegen außen abnimmt, dieser Satz gilt für alle Redner, auch für den kaiserlichen. Auch in dieser Richtung wenden wir uns an den verantwortlichen Herrn Reichskanzler. Wir glauben, er würde seine Schuldigkeit nicht erfüllen, wenn er es bis zu einem Zeitpunkt kommen läßt, wo die deutschen Zeitungsblätter anfangen, die Kundgebungen des deutschen Kaisers als etwas Alltägliches zu erwarten. (Lebhafte Beifall links.)

H. David (Soz.): Wenn der Kaiser aus seinen religiösen Grundanschauungen staatsrechtliche Konsequenzen zieht, so ist es Recht und Pflicht der Volksvertretung, das mit aller Energie zurückzuweisen. Auch von Untertanen hat der Kaiser einmal gesprochen; wir sind aber frei Staatsbürger.

v. Dirken (Reichsp.): Der Kaiser muß, wie jeder Mensch, das Recht haben, sein Urteil unabhängig von den wohlhabenden Tagesmeinungen zu fällen. Wir wollen kein Scheinbekenntnis. (Beifall rechts.)

Liebermann v. Sonnenberg (w. Bsp.): Wir bilden in der Kaiserrede ein rein persönliches Glaubensbekenntnis. Damit wird ein Schlußantrag angenommen. Es folgt die Interpellation der Freisinnigen betr. die

Rechtsbeamtenbefreiung.

Mugdan (fr. Bsp.) begründet die Interpellation, in der gefragt wird, ob der Entwurf innerhalb zweier Monaten zu erfolgen ist.

Staatssekretär v. Delbrück: Der Entwurf ist ausgearbeitet und liegt im preuss. Staatsministerium zur Befreiung vor. Dann er an den Reichstag kommt, hängt von den Entscheidungen der Bundesregierungen ab. Ich werde die Möglichkeiten möglichst zu fördern suchen. Auf Antrag der Konservativen wird die Befreiung der Interpellation beschlossen. Die einzelnen Redner sprachen den Wunsch aus, daß der Entwurf eingebracht werde, damit dieses wichtige Werk eine baldige Verlesung finde. Darauf wurde die Debatte geschlossen.

Nächste Sitzung Montag 2 Uhr. Kleine Vorlagen, Schlußabgabengesetz.

Schluß nach 1/2 Uhr.





## Ausland.

**Moskau, 28. Nov.** Auf verschiedenen Straßen und Plätzen der Stadt veranstalteten Studenten heute Demonstrationen gegen die Todesstrafe, die sogleich durch Gasen, Tränen und berittene Schuppleute zerstreut wurden. 181 Demonstranten wurden verhaftet, unter ihnen 60 Studentinnen. Verhaftet wurde niemand. Die Verhafteten werden wegen Verletzung von Anordnungen des Stadthauptmanns bestraft werden.

**Newport, 28. Nov.** Aus Mexiko wird gemeldet, der Geologe des Geologischen Landesinstituts, Dr. Burkhart, habe im Norden von Mexiko große Phosphorlager entdeckt.

## Württemberg.

### Dienstnachrichten.

Der König hat die bei der Regierung des Schwarzwaldkreises erledigte Regierungsratsstelle dem Oberamtsvorstand, titulierten Regierungsrat Reher in Gerabronn, die bei der Regierung des Donaukreises erledigte Regierungsratsstelle dem Oberamtsvorstand, titulierten Regierungsrat Habel in Geislingen und die erledigte Stelle eines ständigen Assessors bei dem Vorstand der Behördungsanstalt Württemberg dem titulierten Oberregierungsassessor Spengler, Hilfsarbeiter bei der Zentralkasse des Wohltätigkeitsvereins, mit dem Titel eines Oberamtmanns übertragen. Weiter: Aus die Partei Hanken o. B., Defanats Motiwel, den Württer Reher in Ghamloch, Defanats Keresheim, und auf die katholische Kaplanei Althausen, Defanats Sontgan, den Vikar Theodor Reicher in Stuttgart ernannt. Dem Oberlehrer Käfer an der Realschule in Neckarsum eine Oberrealschulereinstelle an der Realschule in Feuerbach und dem Hilfslehrer Dr. Maier an der Friedrich-Eugens-Realschule in Stuttgart eine Oberrealschulereinstelle an der Realschule in Tullnagen übertragen, die Stelle eines Gebäudeverwalters bei der Hohenlohe-Hochschule Stuttgart dem Oberbaurat Volkmann in Geislingen unter Befassung seines bisherigen Titels und Ranges seinem Ansuchen entsprechend übertragen und die Eisenbahnbetriebsleiter in Dohringen nach Kralleheim, Kralle in Dohringen nach Dohlingen Hauptbahnhof und Rabe in Stuttgart Hauptbahnhof nach Stuttgart Hauptbahnhof je ihrem Ansuchen entsprechend versetzt.

### Zu den Briefen des Herrn Vogt.

In der „Schwäbischen Tagewacht“ wird folgender Brief des Reichstagsabgeordneten Hildenbrand veröffentlicht: „Soeben lese ich in der Reichspost das Märchen von Th. L., ich sei im Dezember 1906 im Reichstag an Herrn Vogt-Hochs herangetreten, um ein Handelsgeschäft im 2. Gang der Landtagswahlen zu entwerfen. Hat Herr Vogt seinem Freunde Th. L. die in der Reichspost publizierte Darstellung gegeben, so ist er ein über die Massen naiver Politiker. Ich hatte weder einen Auftrag noch die Absicht, einem händlerschen Politiker über ein Gegenstandsgegenstand zu verhandeln. Haben wir überhaupt — ich erinnere mich dessen nicht — einige Worte über die Wahlen gewechselt, so können meinerseits nur unverbundene Bemerkungen gemacht worden sein. Im übrigen habe ich persönlich mich über den Brief des Herrn Vogt nicht entäußert, das überlasse ich der Deutschen Reichspost, die nach ihrem Vorgehen im Fall Rindermann dazu verpflichtet ist.“

### Ein Protest der württembergischen Bäcker.

Der Landesauschuss des Bundes der Landwirte Württembergs hat in seiner letzten Sitzung zu den Reichstagswahlen beschloffen, mit der konservativen Partei wegen der Aufstellung von Kandidaturen zu verhandeln und in recht vielen Kreisen den Kampf energisch aufzunehmen. Ferner heißt es in der Mitteilung der „Deutschen Reichspost“ über die Sitzung: „Sinnträchtig wurde das Vorgehen des Ministeriums des Innern bezüglich der Zulassung der Einfuhr ausländischer Viehes verurteilt. Die Erklärung der Dohringer Landwirte soll in allen Verammlungen behandelt werden. Nachdrücklich wurde der Mangel einer Berufsvertretung unserer Landwirtschaft in einer Landwirtschaftskammer betont; für die endliche Errichtung einer solchen soll entschieden eingetreten werden. In einer solchen Frage wie der des Schutzes unserer Viehzucht sollten alle landwirtschaftlichen Vereinigungen einmütig und entschlossen Stellung gegen das Vorgehen des Herrn Ministers v. Bischof nehmen.“ — Es soll also wieder einmal ein bedrohlicher Entrüstungssturm gegen den Minister Bischof entzündet werden, um die schlechten Wahlchancen des Bundes zu verbessern. Die Herren würden gut tun, bei diesem Sturm gegen Herrn v. Bischof auch gleich gegen den eigenen Vorstehenden, den Herrn Schmid-Platzhof flamme Protestresolutionen loszulassen, denn Schmid-Platzhof hat als Mitglied der Ersten Kammer gegen die Errichtung der Landwirtschaftskammer gestimmt und in einer Botemil sogar rundweg erklärt: „Unsere Bayern stehen der Landwirtschaftskammer vollständig gleichgültig gegenüber, schon wegen der entstehenden Kosten und weil für die württembergische Landwirtschaft alles geschieht, was in Anbetracht unserer finanziellen Lage geschehen kann. Gegen den Mann, der Vertreter der württembergischen Landwirtschaft in der Kammer ist und trotzdem nach der Aufstellung des Bundes die Interessen der Landwirtschaft so verkennet und verrät wird also nach der jetzt beliebten bündlerischen Aufmachung kein Wort des Protestes scharf genug sein, und Herr Bischof wird im Bundesvorsitzenden einen Lebensgefährten haben.“

**Eine große Beamtenversammlung in Stuttgart** hat nach Reskripten des Landtagsabgeordneten Dieckhoff und Rembold folgende Erklärung angenommen: „Die am 27. November versammelte württembergische Staatsdiener billigen die Absicht der Regierung und der Stände, die derzeitige Staatsverwaltung zu vereinfachen und werden die hierauf gerichteten Bestrebungen in ihrem Maße fördern. Insbesondere anerkennen sie den Grundsatz, die Wiederherstellung der Beamtenhaft hinsichtlich der Vorbildung lediglich von der Art und der Bedeutung der dem einzelnen zugewiesenen Aufgaben abhängig zu machen. Die Anforderungen im Ausbau der staatlichen Behörden werden nicht ohne Einfluß auf die Beamtenhaft sein. Die Beamten hoffen daher, daß bei Durchführung der beabsichtigten Maßnahmen folgende Grundsätze eingehalten werden mögen: 1) Ehe die zwangsweise Zurück-

setzung eines Beamten herbeigeführt wird, sollen der Grad seiner Leistungsfähigkeit und möglichst auch seine persönlichen Verhältnisse geprüft werden. 2) Von dem Recht der Versetzung in den zeitweiligen Ruhestand soll nur in zwingenden Ausnahmefällen Gebrauch gemacht werden. 3) Bei Festsetzung der Arbeitsgebiete für die einzelnen Kategorien soll in den Uebergangsjahren auf die vorhandenen Beamten billige Rücksicht genommen werden. Eine erhebliche Verschlechterung der an sich wenig günstigen Beförderungsaussichten müßte als eine Härte empfunden werden, und in zahlreichen Fällen zu einer unerwünschten Beeinträchtigung der beruflichen Befriedigung führen. 4) Soweit eine Minderung des persönlichen Aufwands dadurch erstrebt wird, daß das bisherige Personal einzelner Stellen durch solches mit geringeren Bezügen zu ersetzen ist, soll diese Maßregel nur allmählich unter Berücksichtigung des jeweiligen Bestandes von Beamten der einzelnen Gruppen durchgeführt werden, andernfalls tritt eine Ersparnis kaum ein, weil Beamte, bis zu ihrem Ausscheiden in geringer bewerteten Stellen weiter verwendet werden. Der Bedarf am Personal der verschiedenen Klassen soll nicht durch Benachteiligung der vorhandenen Beamten, sondern durch Regelung des neuen Zugangs den künftigen Verhältnissen angepaßt werden.“

### Die Nagolder Hilfsgeelder.

Antänzlich der Hebung des Gasthofes zum Hirsch durch den inzwischen verstorbenen Bauunternehmer Rüdiger ist bekanntlich das Gebäude am 5. April 1906 eingestürzt. Bei diesem Unglück verloren 53 Menschen das Leben. Mehr als hundert wurden mehr oder weniger schwer verletzt. Die damals eingeleitete Hilfsaktion ergab die hübsche Summe von etwa 140 000 M. Nach Begleichung der Beerdigungskosten für die Verstorbenen und der Kurkosten für die Verletzten u. s. w. blieben noch 108 000 M. übrig, von welcher Summe die anfallenden Zinsen als Renten prozentual den Verletzten und hinterbliebenen Witwen und Waisen zur Verfügung stehen. Zwei der Verletzten haben nun, wie in der „Frankfurter Zeitung“ berichtet wird, Ende vorigen Jahres an die Stadtgemeinde Erlangenpräge gestellt und auch 1200 und 600 M. bewilligt erhalten. Daraufhin traten auch die übrigen Verletzten, im ganzen 58 an die Stadt, die mit 100 000 M. gegen Haftpflicht versichert ist, mit Entschädigungsforderungen heran. Die Stadtverwaltung lehnte aber diese Forderung rundweg ab. Die Beteiligten klagten, wurden aber wegen Verjährung ihrer Forderungen vom Landgericht Stuttgart kostenpflichtig abgewiesen. Die Angelegenheit kommt nunmehr am 29. November vor dem Oberlandesgericht erneut zur Verhandlung, da die Abgewiesenen es bei dem Urteil erster Instanz nicht bewenden lassen wollten. In einer Bittschrift an das Hilfskomitee stellten die Verletzten ferner das Verlangen, von den noch vorhandenen 108 000 M. den Waisen der sofort und später mit Tod abgegangenen Opfer 50 000 M. in Sparfassenbüchern anzulegen und den Rest mit 58 000 M. an die Witwen und noch lebenden Verletzten zu verteilen. Das Hilfskomitee ging aber bis jetzt auf diesen Vorschlag nicht ein, sondern will es bei dem jetzigen System (Verteilung der Zinsen als Renten) belassen und das Kapital, wenn sämtliche Rentenempfänger weggefallen sind, dem Bezirkskrankenhaus Nagold überweisen. Die Hinterbliebenen und Verletzten sind aber anderer Meinung und machen geltend, daß die Waisen für die Opfer der Katastrophe, nicht aber für das Nagolder Bezirkskrankenhaus eingegangen seien. Nach Beendigung des Prozesses mit der Stadtgemeinde wollen die Beteiligten bei dem Hilfskomitee weitere Schritte unternehmen.

**Stuttgart, 26. Nov.** Wie das „N. Z.“ aus sicherer Quelle erfährt, ist beabsichtigt, den Entwurf zum neuen Beamtenbesoldungsgesetz noch vor Weihnachten, jedenfalls aber spätestens mit dem Etat zu veröffentlichen.

**Stuttgart, 28. Nov.** Zur silbernen Hochzeit des Königspaares, die am 8. April nächsten Jahres stattfindet, soll in ganz Württemberg ein Blumenverkaufstag veranstaltet werden, dessen Gesamtertragnis dem Königspaar als eine Gabe des württembergischen Volkes übergeben wird. Das Königspaar hat zu dieser Veranstaltung seine Zusage bereits erteilt und wird den Erlös zu wohltätigen Zwecken verwenden.

**Saulgan, 26. Nov.** Verlangt da durch besondere Rechnung eine württembergische landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft von einer Gemeinde hiesigen Bezirks sage und schreibe zwei Pfennig restliche Umlage! — Der Brief an die Gemeindepflege kostete 10 Pfennig, die Postanweisung mit Brief 20 Pfennig, die Zurückgabe der quittierten Rechnung an die Gemeinde 10 Pfennig, also stehen dem Einzug von zwei Pfennig nicht weniger als vierzig Pfennig Unkosten entgegen! — Und das, trotzdem in allen Zeitungen die Lächerlichkeit eines derartigen kleinsüchtigen Geschäftsgebahrens wiederholt gekennzeichnet wurde.

**Navensburg, 27. Nov.** Der seit mehr als zweihundert Jahren bestehende Gasthof zum „Goldenen Hefe“ ist zu zwei Teilen an die Württembergische Vereinsbank und an die Dr. Kahlische Buchdruckerei verkauft worden. Im kommenden Frühjahr erfolgt der Abbruch, worauf neue Gebäude zu Geschäftszwecken erstellt werden. Dabei ist auch eine Vergrößerung der Buchdruckerei von Dr. Kahl, G. m. b. H., Verlag des Oberchwäbischen Anzeigers, geplant.

**Aus Hohenzollern, 28. Nov.** In Dohringen ist heute der Mitbegründer und Vorsitzender der Hohenzollernischen Volkspartei, Kaufmann Kimmere, einem Schlaganfall erlegen.

## Rah und Fern.

### Beim Robeln

an der Berghäuser Steige in Biberach ist ein junger Kaufmann in ein entgegenkommendes Fuhrwerk hineingekaut und so schwer verletzt worden, daß er bewußtlos vom Blase getragen werden mußte. Das gleiche Schicksal widerfuhr in der Mondstraße einem Robelmädel, das mit einem anderen Sportweib zusammenrannte und gegen einen Hausstein geschleudert wurde.

In Pfullingen waren zwei Schuppleute bei ihren Versuchen, dem Robeln auf dem Eisweg zu steuern, von übermütigen Burtschen schwer gereizt, verhöhnt und, wie es heißt, auch beworfen worden. Sie ließen sich durch ihren Grimm verleiten, den Burtschen mit Knüppeln aufzulauern. Als wieder einige Robelschlitten daher kamen, schlugen sie in der Dunkelheit blindlings darauf los und trafen ein Fräulein so unglücklich auf den Kopf, daß dieses bewußtlos vom Blase getragen werden mußte. Untersuchung ist eingeleitet.

**Ein herbes Mißgeschick** hat einen Feuerwehrmann in Bradenheim betroffen. Er erhielt bei einer Feuerwehrübung am 2. Oktober einen Stoß, dessen Folgen er zunächst nicht beachtete. Erst nach einigen Wochen vermehrten sich die Schmerzen so, daß er ärztliche Hilfe in Anspruch nahm. Und nun stellte es sich heraus, daß der Mann sich zwei Rippen gebrochen hatte. Es ist erfreulich, daß die Stadtverwaltung dem im Dienste der Allgemeinheit Verunglückten aus Billigkeitsgründen eine Unterstützung zugesandt.

### „Ueber unsere Kraft“ — wagen.

Aus Neuchâtel wird geschrieben: Die Postautomobile sind zweifellos eine große Verkehrsverbesserung, die kein Heimweh nach der alten romantischen Postkutsche aufkommen lassen. Aber des Winters werden sie ebenso wenig Herr, wie diese vielleicht noch weniger. Die Postkutsche konnte man bei starkem Schneefall auf Schlittenschuhen setzen, das Auto aber bleibt stehen. Bisher konnten wir diese Erfahrung nur durch die Berichte aus dem Schwarzwald. Jetzt haben wir sie selbst machen müssen. Zwischen hier und Württemberg blieben unsere beiden Omnibusse im tiefen Schnee stecken und mußten herausgeschaukelt werden, wobei dem einen auch noch das Kettentrad brach. Die Führer ließen aber ihre Fahrzeuge nicht im Stich und brachten sie mit Hilfe der Insassen schließlich, wenn auch mit großer Verspätung, doch noch ans Ziel.

### Feuer in Newark.

#### 40 Tote.

In Newark, einem Vorort New Yorks, ist in einem alten Fabrikgebäude ein Feuer ausgebrochen, bei dem über 40 Menschen ums Leben gekommen sind. Das Bauwerk hatte nur zwei Feuerleitern, welche bald vollgepfropft mit Flüchtenden waren. Der Kampf ums Leben auf den Feuerleitern war schrecklich; man fand einen Knäuel von sechs Mädchen, welche durch den Gesichtsausdruck und die Art und Weise, wie sie einander gefaßt hielten, zeigten, wie entsetzt sie um ihre Rettung gerungen haben. Ein gerettetes Mädchen erklärt, es habe gesehen, wie manche Arbeiterinnen von den nachdrängenden Kameradinnen von der Feuerleiter gestoßen wurden. Vierzehn Mädchen kamen durch den Sprung aus den Fenstern um, acht starben in den Hospitälern, der Rest erlitt den Flammentod. Sechs Mädchen sprangen zugleich in das Sprungtuch. Alle waren sofort tot. Mehrere sind an ihren Nähmaschinen verbrannt, andere totgetreten worden. Die Brandursache ist eine Gasolin-Explosion in einer Lampenfabrik im dritten Stock. Der mit Maschinenöl getränkte Boden und das Pappschachtelmaterial brannten wie Zucker. Der Wind fachte die Flammen an. Die Fluchtmöglichkeiten waren ganz unzureichend. Mauern kürzten ein und begruben die Leichen, vielleicht auch Lebende. Viele sind verkohlt. Die Totenliste wächst ständig an.

Der Postwagen von Dohringen nach Forchtenberg stürzte beim Kameralamt in Dohringen infolge des Watterees um und lag samt Insassen quer über die Straße. Außer einigen Hautabschürfungen der erschrockenen Passagiere und einem gebrochenen Rad des alten Kastens hat sich aber nichts Ernsthaftes bei dem Falle zugetragen.

In einem auf einem Bergigungsplatz befindlichen Zirkus bei Berlin wollte ein Löwenwärtiger einen Ringkampf mit einem Löwen vorführen, als der Mann den Zwinger betrat, kam der Löwe auf ihn zu und biß ihm in die linke Seite des Halses. Der Verletzte wurde ins Krankenhaus gebracht. Man glaubt, daß die Wunde lebensgefährlich ist.

## Gerichtssaal.

### Ein Todesurteil für Streikaußschreitungen.

Kölnen, 26. Nov. Vor dem hiesigen Schwurgericht wurde gestern gegen sieben Arbeiter verhandelt, die angeklagt waren, gelegentlich des Kaiserarbeiter-Ausstandes in Havre im September 1910 den Führer einer Kolonne von Arbeitswilligen totgeschlagen zu haben. Von der Angeklagten wurde einer zum Tode, einer zu fünfzehn Jahren und zwei andere zu je acht Jahren Zwangsarbeit, letztere drei außerdem zur Zahlung einer Entschädigung von 20 000 Francs verurteilt, die drei anderen wurden freigesprochen. Für den zum Tode Verurteilten beschloß das Gericht, ein Gnaden-gesuch einzureichen.

## Luftschiffahrt.

**Frankfurt a. M., 27. Nov.** Das Kartell südwestdeutscher Luftschiffvereine, dem die Vereine in Marburg, Mainz, Wiesbaden, Mannheim, Karlsruhe, Freiburg i. Br., Straßburg, Konstanz und Frankfurt a. M. angehören, hat am 27. November in seiner ersten Delegiertenversammlung zu Mannheim die Veranstaltung des ersten Zuverlässigkeitswettkampfens in der Oberchweizerischen Tiefebene im Jahre 1911 beschloffen, als Prüfung für Flieger und Flugzeuge. Als Stappen der Fahrt sind Baden-Baden, Freiburg i. Br., Malshausen i. E., Straßburg, Karlsruhe, Mannheim, Frankfurt a. M. sowie nach Möglichkeit die dazwischen liegenden größeren Orte in Aussicht genommen. An einzelnen dieser Plätze werden Schauläge stattfinden. An Preisen sollen 300 000 Mark aufgebracht werden. Den Ehrenvorsitz im Arbeitsausschuß hat Prinz Wilhelm von Sachsen-Weimar-Weimarnach in Heidelberg übernommen. Mit den Vorbereitungen ist der Frankfurter Verein für Luftschiffahrt betraut worden.



**Wildbad, 28. Noobr. Winte'portverein.**  
Am Samstag Abend fand im Hotel Pfeiffer die diesjährige Hauptversammlung des Vereins statt. Obwohl eine ziemlich wichtige und umfangreiche Tagesordnung vorlag, waren von der stattlichen Mitgliederzahl eigentlich nur wenig erschienen. Immerhin hatten sich aber einige 20 Herren eingefunden, jedoch der Vereins-Vorsitzende, Herr Baron von Gemmingen gegen 9 Uhr die Versammlung eröffnete. Herr Hofapotheker Dr. Megger erstattete nun zunächst einen allgemeinen Kassen- und Vereinsbericht. Nachdem aus der Mitte der Versammlung Einsprüche nicht erhoben wurden erteilte Herr Baron von Gemmingen dem Kassier den Dank der Versammlung und zugleich Decharge. Nach interessanten internen Besprechungen über die projektierte Ausgestaltung des Winterports durch Erbauung von Sprunghügeln und Erstellung eines Stigelandes ging der Versammlungsleiter zu den vorliegenden Neuwahlen über. Die beabsichtigte Amtsniederlegung des Herrn Baron von Gemmingen veranlaßte mehrere Herren aus der

Versammlung zu Protesten, die natürlich mit der Bitte um Amtsniederlegung des Herrn Baron endigten. Als Herr Baron von Gemmingen, den allgemeinen Wünschen zufolge, seine Annahme der Wiederwahl erklärte, bezeugte ihm die ganze Versammlung lebhaften Zuspruch. Neu gewählt wurden als Mitglieder des Ausschusses Herr Postsekretär Handel, Herr Oberzeleherer Steiner und Herr J. Paucke. Die übrigen Herren des Vorstandes wurden per Akklamation wiedergewählt. Nach der Wahl wurde von Herrn Dr. Megger ein Antrag auf Statuten-Änderung eingebracht, der dahingehet, daß man die Wahl des Vorstandes nicht wie bisher auf 1-jährige Gültigkeit, sondern auf die Dauer von 3 Jahren vornehme. Der Antrag fand in der Versammlung regen Beifall und wurde beschlossen, eine diesbezügliche Abänderung der Statuten zu treffen. Ein weiterer Antrag aus der Mitte der Versammlung, wonach Robelschlitten mit Bremsvorrichtung die städtische Robelbahn nicht befahren sollen, wurde nach eingehender Beratung und nachdem von sportkundiger Ansicht mitgeteilt

wurde, daß eine künstliche Bremse eine weitere Gefahr für den Robler und geradezu ein Gift für die Robelbahn sei, ebenfalls angenommen. Nach Erledigung einiger internen Vereinsangelegenheiten wurde die Versammlung vom Vorsitzenden geschlossen.  
**Wildbad, 28. November.** Unsere Leser werden noch an dieser Stelle auf die bevorstehende **WOLFSJAHRE** hingewiesen. Zur vorschriftsmäßigen Ausfüllung der Zählkarten ist jedermann verpflichtet, auch wolle man den Herren Zählern bereitwilligst jede gewünschte Auskunft erteilen.  
— Unserer heutigen Stadt-Ausgabe liegt ein Prospekt der Firma **Dösch** bei. Alle, die ihren Bedarf an Konfektions- und Manufakturwaren gut und billig decken wollen, sei der beiliegende Prospekt zur Beachtung empfohlen.  
**Wildbad. Verantwortl. i. A.: Paul Müller bafelb.**  
Druck und Verlag der Bernh. Hofmannschen Buchdruckerei

**Bekanntmachung.**  
Nachdem die Steuerumlage pro 1. April 1910/11 vollzogen ist, erfolgt demnächst die Ausgabe der Steuerzettel. Nach dem vom Kgl. Oberamt Neuenbürg für vollziehbar erklärten Voranschlag kommen an Gemeindesteuer zur Erhebung  
a. 7% des gemeindesteuerpflichtigen Grund-, Gefäß-, Gebäude- und Gewerbesteuer und  
b. 50% der Einheitsätze der staatlichen Einkommensteuer.  
Diejenigen Steuerpflichtigen, welche **Beiträge zur landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft** zu entrichten haben, werden darauf aufmerksam gemacht, daß diese Beiträge ihrem ganzen Betrag nach zur Zahlung fällig sind und daß mit der Zustellung der Steuerzettel die Aufforderung zur Zahlung der Beiträge zur landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft verbunden ist. Der Beitragspflichtige kann binnen 2 Wochen gegen die Zustellung des Steuerzettels an laufenden Frist von 2 Wochen gegen die Zustellung des Umlagebetriffs Beschwerde an das K. Oberamt erheben. Die Beschwerde muß bei der Gemeindebehörde eingelegt werden. Die Umgehung derselben oder die Verkümmung der Frist hat den Verlust des Beschwerderechts zur Folge.  
Es wird ausdrücklich bemerkt, daß diese Beschwerde nur hinsichtlich der Beiträge zur landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft zulässig ist.  
Wildbad, den 28. November 1910.  
Stadtschultheißenamt: Böhner.

**Militärverein Wildbad „Königin Charlotte“.**  
Zur Erinnerung an die 40. Wiederkehr des siegreichen Tages von Champigny findet am **Mittwoch, den 30. November 1910, abends 8 Uhr, im Hotel Schmid** (zum goldenen Ochsen) eine **Feier** statt, wozu die Kameraden recht zahlreich sich einfinden wollen.  
Der Vorstand.

**„Liederkranz“ Wildbad.**  
Von Hrn. Stadtschultheiß Böhner ist dem Verein eine Einladung zu der, anlässlich der 40. Wiederkehr des Schlachtentages von Champigny stattfindenden **Gedenk-Feier** zugegangen. Die Feier beginnt **Mittwoch Abend 8 Uhr im Hotel zum gold. Ochsen**. Wir setzen hiermit davon unsere aktiven und passiven Mitglieder in Kenntnis und bitten um recht zahlreiches Erscheinen.  
Der Vorstand.

**Schützen-Verein Wildbad.**  
An unsern Verein ist die Einladung zur Teilnahme an der **Gedenk-Feier** anlässlich der 40. Wiederkehr des Tages von Champigny, in das **Hotel Schmid, auf Mittwoch Abend 8 Uhr**, ergangen, und ersuchen wir die Mitglieder zahlreich zu erscheinen.  
Das Schützenmeisteramt.

**Turn-Verein Wildbad.**  
Anlässlich der 40. Wiederkehr des großen Tages von Champigny findet im **Hotel zum gold. Ochsen** am **Mittwoch, den 30. d. Mts., abends 8 Uhr, eine Erinnerungs-Feier** statt, wozu an den Verein von Herrn Stadtschultheiß Böhner Einladung ergangen ist.  
Es werden hiermit alle passiven und aktiven Mitglieder in Kenntnis gesetzt und gebeten, dieser Einladung recht zahlreich Folge zu leisten.  
Der Vorstand.

**Gasthaus zum Anker.**  
Morgen Mittwoch  
**Mebelsuppe**  
wozu freundlichst einladet

Eine **Wohnung** von 3-4 Zimmern hat bis 1. Januar zu vermieten. Wer? jagt die Exped. dies. Blattes. (174)

Eine Restpartie **Pelze** wird zu ausnahmsweise billigen Preisen verkauft bei **Weinbrenner Nachf., König-Karlstraße.**

**Columbus-Eier-Nudeln** (für Suppen und Gemüse) per 1/2 Pfd.-Palet 25 Pfg., sowie **Knorr's Hahn-Maccaroni** in 1/2 Pfund und 1 Pfund-Paketten a 25 Pfg. bzw. 50 Pfg. empfiehlt **Robert Treiber.**

**LUCIA-Bügel-Kohlen** — per Paket 20 Pfg. — sind erhältlich bei **Robert Treiber.**  
Frische **Trink-Eier** empfiehlt **Johannes Köhle.**

**Gustav Kienzle,** Königl. Hoflieferant, **König-Karl-Straße 187.**  
**Morgenröcke, Matinees, Unterröcke** in reichhaltiger Auswahl.

**Weiss- und Rot-Weine** (über die Straße) in verschiedenen Preislagen empfiehlt **Fr. Kessler** Weinhandlung.  
Alkoholfreie Weine.

**Das Beste für die Augen** — bestes Stärkungs- und Erfrischungsmittel für schwache entzündete Augen und Glieder ist das seit bald 100 Jahren weltberühmte ärztlich empfohlene **Kölnische Wasser** von **J. C. Fochtenberger** in Heilbronn. Dieserant fürstl. Häuser, Ehrendiplom. Feinstes Aroma, billigstes Parfüm. In Flaschen: à Mk. —.45, —.65, u. 1.10 **Alleinverkauf i. Wildbad Hans Grundner** Drogerie.

**Schnellglanz-Putzpulver** vortreffliches Putzmittel für sämtl. Metalle, besonders für Kupfer, zu 10 und 20 Pfg. **Hans Grundner.**  
Kautschuk-Stempel

**Evang. Arbeiter-Verein Wildbad.**  
Aus Anlaß der 40. Wiederkehr des Tages von Champigny findet im **Hotel zum gold. Ochsen** hier am **Mittwoch Abend 8 Uhr** eine **Erinnerungs-Feier** statt, zu der auch von Hrn. Stadtschultheiß Böhner Einladung an unsern Verein ergangen ist.  
Wir setzen hiermit davon alle Mitglieder in Kenntnis und laden zu reger Beteiligung ein.  
**Zusammenkunft Mittwoch Abend 8 Uhr im Diech. Der Vorstand.**

**Achtung!** Zum Jahrmarkt in Wildbad bin ich wieder eingetroffen mit einem riesigen **Knopf- und Nadellager** und verschleudere die Waren zu staunend billigen Preisen. **Ein Angebot ohne Gleichen!** Ich bitte, bei Einkauf sich dieser Anzeige zu bedienen u. alles zu verlangen, was darin inseriert ist. Bitte nicht zu verwechseln mit Konkurrenzfirmen.

Sein Kaufzwang!	Preise:	Sein Kaufzwang!
50 St. Reißnägel (undurchdr.) 5 Pfg.	1 Dyd. Kragenschnäbeln 8	
12 hohe pr. Kragenschnäbeln 10	1 Stück Kravattenhalter 1	
6 Schließenschnäbeln (Pat.) 10	1 Taschentuch, f. unzerbrechl. 8	
4 Stück Durchziehband 10	1 Schnurbartwische 5	
2 Stück Leinwand 15	1 Küchenmesser 8	
3 Leinwand 10	3 Dyd. Leinwand 15	
1 Dof. Nähmaschinen, Pat. 24 St. 5	6 Dyd. Hemdenknöpfe 25	
200 Stück Stednadeln 4	2 Dyd. Perlmutterknöpfe 10	
1 Dyd. Selbstnadeln für Kurzstiche 15	2 Dyd. Perlmutterknöpfe, rostfrei 10	
12 Sicherheitsnadeln 4	2 Dyd. Metallbesenknöpfe 10	
2 Paket Haarnadeln, rostfrei 5	1 Kuffelkamm 25	
1 Paket Stopfnadeln 10	1 Reißerhaken, f. unzerbrechl. 15	
1 Stück Fingerring 1	1 Reißerhaken mit Blei 10	
2 „ Schlüssel 15	1 Reiß Gummiband 10	
2 Stück prima Bleistifte 10	1 Reiß Zopfband a. 3. 10	
1 Meterhab 8	1 Dyd. Schürzenriemen 10	
2 Kaffeelöffel 10	2 Pak. Hasen u. Hasen m. 5	
2 Paar Herkules-Hosenknöpfe mit Wäschschoner für Herren 1 Mk.	2 Stück Dintenblei 10	
1 Paar v. Maschinennadeln 25 Pfg.	3 Stück Feilspitze 15	
1 Schnurbartwische 10	2 Dyd. Beinknöpfe 10	
1 Zahnbürste 10 Pfg.	1 Dyd. Beinringe 5	
100 St. Stednadeln m. Glasf. 7	1 Stück Blumensteife 10	
	1 Stück Lanolinsteife 10	

Näherinnen und Wiederverkäuferinnen erhalten Extra-Rabatt. Bitte die aushängenden Plakate zu beachten. offeriere noch zu spottbilligen Preisen prima Sorten Reißer- und Stanzklämme und Auswahl in Perlmutterknöpfen, Kragenschnäbeln usw. zu staunend billigen Preisen. Bitte sich zu überzeugen von der großen Auswahl und dem billigen Verkauf. Bitte die Herrschaften zu achten auf meine roten Fahnenhilder. Mein Stand befindet sich dicht am Uebergang zur „alten Linde“ an der Bahnseite und ist kenntlich an den Plakaten. **Gratis erhält jeder Käufer bei Einkauf von 1 Mark 1 Stück Seife, bei 2 Mark 1 Dose Seife, bei 5 Mark sich selbst ersuchende Ware im Werte von 50 Pfg.**

Hochachtend  
**M. Zimmermann,** Knopf- und Nadellager.  
Wildbad.  
**Markt-Anzeige!**  
Billig! Gutes Porzellan! Billig!  
Komme wieder zum Markt am **Mittwoch, den 30. Noobr.** mit einem Posten echten Porzellan in Ausverkauf mit ganz geringen Fehlern zum Ausuchen.  
**Rokoko-Muster** weiß und bemalt, da gibt es wieder Gegenstände von 5 Pfg. an. Glaswaren sind zu haben.  
Stand kenntl. am Plakat.  
**Porzellan-Verkauf**  
Otto Hauber.

**Gasthaus zur alten Linde**  
Morgen Mittwoch (Markttag) gibt in meinem Lokale der bekannte Komiker und Bithervorträter **Seppl** ein lustiges **Konzert** wozu freundlichst einladet **Julius Krimmel**  
**Auf kommenden Jahrmarkt** empfehle ich eine große Auswahl **Puppengeschirre** das Stück von 4 Pfg. an